

Initiative für den  
Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2002  
c/o Helga Linsler  
Am Fuchsbau 12  
29331 Lachendorf

Einschreiben mit Rückschein  
- Deutscher Bundestag -  
Petitionsausschuß  
z. Hd. Der Vorsitzenden des Petitionsausschusses  
Frau Heidemarie Lüth  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Lachendorf, 25.10.2000

Betrifft: Pet-2-14-18-278-014894

Dieser Brief wird als öffentlicher Brief verschickt und vervielfältigt

Sehr geehrte Frau Heidemarie Lüth,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 21. Juni 2000. Sie teilen der „Initiative für den Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2002“ darin mit, daß der Deutsche Bundestag die Petition beraten und am 18.5.2000 beschlossen hat, sie der Bundesregierung - dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) als Material zu übergeben. Mit dem Beschluß des Deutschen Bundestages ist das Petitionsverfahren beendet.

Außerdem schreiben Sie uns, daß der Petitionsausschuß der Auffassung ist, das dem Anliegen, das die Petentinnen und Petenten mit ihrer Eingabe vortragen, unter Berücksichtigung des von der neuen Bundesregierung Vereinbarten Rechnung zu tragen ist. Der Petitionsausschuß empfiehlt daher, die Petition der Bundesregierung - dem BMU als Material zu übergeben, um zu erreichen, daß die Bundesregierung sie in die Vorbereitung von Gesetzesentwürfen und anderen Initiativen im Bereich des Atomrechts mit einbezieht.

Der Petitionsausschuß zitiert das Bundesministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit (BMU) und weist darauf hin, daß das BMU bis zum Jahre 2002 einen abgeschlossenen, vollständigen Ausstieg aus der Atomenergienutzung für nicht möglich erachtet. Das BMU geht davon aus, daß bei weiterer Nutzung weitgehend abgeschriebener Kernkraftwerke erhebliche wirtschaftliche Vorteile gegenüber konventionellen Kraftwerksausbauten (verschiedene Energieträger) entstehen könnten.

In diesem Zusammenhang werden jedoch die zunehmende radioaktive Belastung der Umwelt, die gesundheitlichen Gefährdungen, die Unfallgefahr und die hohen Entsorgungskosten von Atommüll nicht berücksichtigt. Folgende Risiken müssen u.a. bei einem langem Verbleib (ca. 30 Jahre) in der Atomwirtschaft in Betracht gezogen werden.

- möglicher GAU
- Störfälle in Atomkraftwerken
- die radioaktive Belastung im Umfeld von Atomkraftwerken (erhöhte Leukämierate der Bevölkerung)
- die Freigabe von schwach radioaktiven Stoffen auf Mülldeponien und Recycling von schwach radioaktivem Metallschrott zu Gebrauchsgegenständen
- die radioaktive Belastung durch Castortransporte
- die problematische Endlagerung von angehäuften Atommüll über Jahre
- die radioaktive Belastung der Nordsee, der Ostdeutschen Bucht und des Luftraumes durch Wiederaufbereitungsanlagen

Die Wiederaufbereitungsanlagen geben ständig radioaktives Gas (Krypton 85) in die Luft ab. Laut Greenpeace und einer Studie von Kollert und Donderer trägt Krypton 85 zum Abbau der Ozonschicht bei.

Das Umweltministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit hat in einem Brief von Herrn Dr. Greipl unserer Initiative mitgeteilt, daß inzwischen in der wissenschaftlichen Literatur zahlreiche Befunde über Umwandlungen von normalen zu bösartigen Zellen durch niederintensive Radioaktivität vorliegen. Der kanadische Wissenschaftler Petkau hat bereits 1972 Zellmembranschädigungen durch chronische schwach radioaktive Strahlung festgestellt. Intakte Zellmembranen sind für ein gutes Immunsystem notwendig. Prof. Dr.

John Gofmann, der an der Entwicklung der Atombombe beteiligt war, sagte: „Jetzt, da wir die Gefahren niedriger Strahlungen kennen, ist das Verbrechen kein Experiment, das wir machten, sondern Mord“. (Zitat gekürzt, Ralph Graeb, Der Petkau-Effekt, 1985, Seite 2).

Deshalb ist es auch unverantwortlich, daß seit Ende der siebziger Jahre schwach radioaktive Reststoffe auf Mülldeponien freigegeben werden und vor allem zur Wiederverwertung bzw. zur Wiederverwendung im konventionellen Bereich erlaubt sind. (W. Neumann, Freigabe von schwachaktiven Stoffen, Seite 79, Bericht 21-22, Otto Hug Strahleninstitut, Organ der Gesellschaft für Strahlenschutz e.V.)

In der EU-Richtlinie ist der Grenzwert von 10 µSv/Jahr pro Person festgelegt. In Deutschland hat dieser Grenzwert nur Richtwertcharakter. (W. Neumann, Freigabe von schwachaktiven Stoffen, Seite 86, 78, Bericht 21-22, Otto Hug Strahleninstitut, Organ der Gesellschaft für Strahlenschutz e.V.)

Ethisch ist diese Haltung nicht vertretbar. Es werden eindeutig in Vorfeld Schädigungen bzw. Erkrankungen durch niederintensive radioaktive Strahlung menschliches Leid und unnötige Kosten für die Krankenkassen akzeptiert bzw. eingeplant.

Laut Krankheitsartenstatistik der AOK West von 1995 haben die Krankenhausfälle der Tumore im Vergleich von 1980 zu 1995 um 65% zugenommen, die Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten und Störungen des Immunsystems um ca. 1/3.

Wir fordern den sofortigen Stopp der Freigabe schwach radioaktiver Stoffe, insbesondere auf Mülldeponien und ein Verbot des Recyclings von schwach radioaktivem Metallschrott zu Gebrauchsgegenständen. Schwach radioaktive Stoffe müssen in Spezialbehältern gelagert werden.

Diesem Schreiben wird Informationsmaterial von Greenpeace beigelegt, in dem darauf hingewiesen wird, daß Dänemark den sofortigen Stopp der Wiederaufbereitung verlangt.

Auch die Initiative für den Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2002 fordert, wie Dänemark und Greenpeace, den sofortigen Stopp der Wiederaufbereitung von Atommüll von der Bundesregierung.

Da zur Zeit nur ca. 34% (laut Greenpeace) der Stromerzeugung durch Atomstrom gedeckt werden, kann dieser Anteil durch Blockheizkraftwerke (Gas), erneuerbare Energien (Sonne, Wind, Wasser), nachwachsende Rohstoffe (Stroh, Hanf), Energiesparmaßnahmen im Haushalt (z.B. energiesparende Waschmaschinen u.a.), beim Hausbau und in der Industrie aufgebracht werden. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, die Kosten für die Einspeisung und die Preise des regenerativen Stroms zu subventionieren.

Abschließend erhalten Sie von uns die letzten 412 Unterschriften für die Petition „Initiative für den Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2002“ zu Ihrer Kenntnisnahme. Somit sind jetzt 27428 Unterschriften gesammelt worden.

Die „Initiative für den Ausstieg aus der Kernenergie bis zum Jahr 2002“ besteht zur Zeit aus über 100 Verbänden und über 200 Einzelpersonen.

Wir hoffen im Interesse aller Menschen, daß spätestens bis zum Jahr 2002 alle Atomkraftwerke abgeschaltet werden.

Unser neues Rundschreiben, das Infoblatt zum Verschicken in Eigenverantwortlichkeit und eine Liste bundesweiter ökologischer Stromanbieter ist diesem Brief beigelegt. Wir hoffen, daß auch Sie und viele Politiker sich als Initiatoren bzw. Unterstützer im Internet und anderen Medien aufführen lassen und zu ökologischen Stromanbietern wechseln.

Mit freundlichem Gruß  
i.A. der Initiative

Helga Linsler